



# Tägliche Omaha Tribune

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 364), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 6, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLISON, POSTMASTER-GENERAL

35. Jahrgang.

Omaha, Nebr., Montag, den 13. Januar 1919.

4 Seiten.—Nr. 261.

## Spartakusleute geben Niederlage zu

### Liebkecht soll noch am Leben, aber mit anderen Radikalen verhaftet sein; Vorwärts Druckerei von Regierungstruppen besetzt

### Premier Eisner appelliert an Ebert-Regierung

Kopenhagen, 13. Jan. — Es wird gemeldet, daß die Spartakusleute ihre Niederlage zugegeben und sich bereit erklärt haben, auf die Bedingungen der Regierung einzugehen, vorausgesetzt, der Zeitpunkt der Wahlen wird auf drei Monate hinausgeschoben. Diese Erklärung soll Herr Schulze, Sekretär des Kongress Ebert, einer hier heute eingetroffenen Berliner Depesche gemäß gemacht haben.

Karl Liebknecht (dessen Tod am Samstag offiziell gemeldet wurde), Rosa Luxemburg, George Ledebour und Ernst Meyer, letztere beiden unabhängige Sozialisten, befinden sich in Haft. So meldet die Räumliche Rundschau. Derselben zufolge wurden 1.000 Anhänger Liebknechts ebenfalls gefangen genommen; unter diesen befindet sich ein Sohn des russischen Agitatoren Lenine. Ueber 100 Maschinengewehre, 1.200 Gewehre und 1.000 Bomben wurden den Verhafteten abgenommen. Der obigen Depesche gemäß feuerten gestern während einer Vernehmung von Angehörigen der Regierung Spartakusleute in die Menschenmenge. Es wird angenommen, daß dieses der Schlußakt der Volksherrschaft gewesen ist, und daß die Regierung nunmehr vollständig Herr der Situation ist.

### Eisner appelliert an Ebert.

München, 13. Jan. — Der bayerische Ministerpräsident Eisner hat an die Berliner Regierung folgende Depesche gerichtet: „Mit steigendem Schrecken verfolgen wir den mörderischen Bürgerkrieg. Derselbe muß beendet werden, sonst ist Deutschland langsam dem Untergang geweiht. Berlins Beispiel ist überall eine demoralisierende Wirkung aus und bringt eine Wahnsinnspolizei hervor. Der einzige Weg zur Rettung scheint darin zu bestehen, eine Regierung zu erlangen, die das Vertrauen des Volkes besitzt, alle sozialistischen Parteien umfassend, die entschlossen sind, der Demokratie und dem Sozialismus zum Siege zu verhelfen. In Deutschland ist der Kern gegen ein im Wachen begriffen. Auch er fordern böse Menschen zum Bürgerkrieg auf.“

### Kampf um den Besitz der Druckereien

Berlin, 13. Jan. — Die Vorwärts-Druckerei ist nach schwerem Kampfe von Regierungstruppen besetzt worden; es heißt, daß 300 Spartakusleute in Gefangenenschaft gerieten. Im Laufe des Gestern wurden 20 Spartakusleute getötet und 40 verwundet. Die Regierungstruppen hatten nur geringe Verluste. Das Gebäude der Vorwärts-Druckerei wurde von den Räumern benachbarter Häuser aus angegriffen; man bediente sich dabei Minenwerfer, Gasbomben und Gewehre. Während der Dauer des Kampfes hatte sich der Bewohner der Nachbarschaft eine Kanitz bemächtigt.

In jenen Stadtteil, in welchem sich die Druckereien des Tageblatt, der Vorwärtszeitung und des Lokalanzeigers befinden, herrschte Sonntagmorgen Ruhe, man hatte einen Waffenstillstand vereinbart, laut welchem die Feindseligkeiten erst wieder nach Ablauf von 12 Stunden aufgenommen werden können. Die in jener Gegend wohnenden Bürger verlangten Einstellung der Schießereien, um Gekochtes zu haben, auf den Markt zu gehen und ihre Einkäufe zu machen. Der Streifenverkehr wurde gleich nach Eintritt der Waffenruhe aufgenommen.

Das Gebäude des Tageblattes ist in die Gewalt und Waffengewalt der Spartakusleute übergeben worden; alle vorderen Fenster sind zertrümmert, aber mit großen Rollen Druckpapier verbarrikadiert worden. Am Freitag nachmittag verließen die Spartakusleute, mittels eines Motorwagens, der die Klänge des roten Kreuzes führte, bis zur Telegraphendruckerei vorzudringen; erlaubend, daß sie beschätzten, die Toten und Verwundeten aus dem Gebäude zu schaffen. Regierungstruppen zielten den Motorwagen an und töteten, daß die Insassen alle mit

Revolvern und Handgranaten bewaffnet waren.

Bei den Gefechten am Brandenburger Tor haben die Spartakusleute 20 Tote und 40 Verwundete gehabt.

**Kommunisten in Bremen obenauflagen.**  
Wafel, 13. Jan. Einer Münchener Depesche zufolge ist zu Bremen eine sozialistische Republik ausgerufen worden; die Ebert-Regierung ist zur Resignation aufgefordert worden. Auch soll an die Bolschewiki Regierung zu Moskau eine Depesche abgegangen worden sein, worin der Hoffnung Ausdruck verliehen wird, daß die Revolutionen in Rußland und Deutschland einen siegreichen Verlauf nehmen werden.

**Schick fremden Boten.**  
Berlin, 13. Jan. — Zum Schutz der amerikanischen, britischen, französischen und belgischen Offiziere, die in dem am Pariser Platz und „Unter den Linden“ befindlichen Hotel Adlon wohnen, sind 24 Regierungssoldaten, denen auch Maschinengewehre und Handgranaten zur Verfügung stehen, kommandiert worden. Sie haben eine Wachmannschaft, die teilweise aus Matrosen besteht, die Spartakusleute waren, abgelöst. Das Brandenburger Tor, an dem gekämpft wurde, liegt nur etwa 300 Fuß von Hotel entfernt, und das Reichstagsgebäude ungefähr 1.000 Fuß. Bei den Kämpfen streifte eine Kugel ein Fenster des Zimmers, in dem der Mandatgeber der amerikanischen Abordnung, General Harries, wohnt.

Vor den Regierungsgebäuden in Stuttgart veranfaßten die Bolschewiki gestern eine Massenversammlung, die laut Münchener Depesche, zu blutigen Zusammenstößen in verschiedenen Stadtteilen führte. Die Spartakusleute haben das Gebäude des „Neuen Tageblatt“ besetzt. Regierungstruppen vertrieben sie aber ohne Blutvergießen. In Dresden kam es Donnerstagabend ebenfalls zu Kämpfen zwischen Angehörigen der Regierung und Hebern der Volkswehr. In Leipzig haben der Arbeiter- und Soldatenrat, die unabhängigen Sozialisten und der Hauptausführer der Gewerkschaften in Westfalen ihrer Sympathie mit den deutschen Revolutionären Ausdruck gegeben.

Außerhalb des Kampfgebietes geht das Leben seinen geordneten Gang. Paris, Schweiz, 13. Jan. (Ueber Zürich.) — Neuerliche Berliner Meldungen besagen, die Regierungstruppen hätten bei dem Kampf um den Besitz des Kongressgebäudes, den sie schließlich gewonnen, auch Giftgas benutzt.

Auch wird berichtet, daß schon jetzt im Beginn des Aufmarsches die Regierung an manche ihrer Truppen Kommandeure verabschiedet habe.

Ferner wird gemeldet, daß ein Ultimatum an die Spartakusleute gerichtet worden sei, das ihnen gebietet, die Waffen niederzulegen oder sich auf eine endgültige Entscheidungsschlacht gefaßt zu halten.

München, 13. Jan. (Ueber Kopenhagen und London.) — Auch hier dauerten Spartakus - Streifenkämpfe fort. Wie man hört, ließ der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner die Spartakusführer verhaften. (Die meisten Truppen hier unterstützen die Regierung.)

### Attentat auf den Polenführer Paderewski

London, England, den 13. Jan. — Die Erbkönig Telegraph Company hat aus Kopenhagen eine Depesche erhalten, der, Nachrichten aus Wien zufolge auf den polnischen Führer Paderewski ein Attentat verübt worden ist. Der Attentäter betrat zu Warschau das Hotelnummer Wabrowski und lenkte einen Schlag auf die Stirn ab; er wurde leicht verwundet. Der Attentäter und mehrere Volksherrschaftler, die mit dem Attentat in Verbindung stehen sollen, wurden verhaftet.

### Fünf sind Opfer eines Eisenbahnunfalles

W. E. McNight von Lincoln, 3 Kinder und 1 Enkel vom Zuge angeblich zermalmt.

Lincoln, Nebr., 13. Jan. — Mites E. McNight und 4 Kinder seiner Familie, ein 15-jähriger Sohn, eine 12-jährige Tochter, eine 20-jährige verheiratete Tochter, Frau Silvia Taylor, und ihr 1 1/2-jähriges Baby wurden gestern angeblich getötet, als ihr Auto beim Ueberfahren eines Bahnüberganges, eine kurze Strecke östlich von hier, von einem Passagierzug der Rock Island Bahn erfasst und buchstäblich zermalmt wurde.

Obwohl die Vorhänge an den Seiten des Autos nicht geschlossen waren, scheint McNight den heranbrausenden Zug nicht gehört zu haben. Jedenfalls fuhr er direkt vor die Lokomotive. Die Insassen des Autos blieben tödlich verstimmt.

### Luxemburg als Republik ausgerufen

Wes, 13. Jan. — Die Großherzogin Marie hat die Stadt Luxemburg verlassen, und das Land ist als Republik ausgerufen worden. Die Kammer hielt eine lärmende Sitzung ab; die Merkmalen verließen den Sitzungssaal. Luxemburg hat ein Areal von 998 Quadratkilometern und eine Bevölkerung von 300.000 Seelen.

### Oberstaatsanwalt Gregory resigniert

Washington, 13. Jan. — Thomas B. Gregory, Oberstaatsanwalt der Ver. Staaten seit 1914, hat „aus finanziellen Gründen“ um seine Entlassung gebeten und vom Präsidenten auf telegraphischem Wege erhalten. Er wird bis zum 4. März im Amt bleiben und dann seine Tätigkeit als Rechtsanwalt wieder aufnehmen. Die Resignation ist datiert den 9. Jan., und des Präsidenten Antwort der folgenden Tag. Beide wurden aber erst Samstagabend veröffentlicht.

Herr Gregory ist das 2. Mitglied des Wilson'schen Kabinetts, der in den letzten vier Wochen aus „finanziellen Gründen“ zurücktritt. Und er ist der 5. in den 6 Jahren, die das Kabinett besteht. Sekretär Bryan, General, Sekretär Garrison folgte ebenfalls dem Oberstaatsanwalt Reynolds und dann Herr McPherson.

Die Möglichkeit weiterer Resignationen vom Wilson'schen Kabinett „aus finanziellen Gründen“ wurde heute verschiedentlich betont. Gregor's Rücktritt geschah so bald nach McPherson's Rücktritt verursachte ein gewisses Aufsehen.

Neufhundert Dollar Jahresgehalt ist, wenn man die gesellschaftlichen Verpflichtungen eines Kabinettsministers und die jetzigen hohen Preise in Erwägung zieht, zu wenig.

### Kreuzer Seattle hier mit 1,542 Truppen

New York, 13. Jan. — Der Kreuzer Seattle landete gestern hier im Hafen mit 1,542 Truppen von drei, Frankreich, an, ebenso der Transportdampfer Abangarez von Bordeaux mit 95 Mann.

Der Transportdampfer Ladadoe, der New York am 9. Januar verließ, hat nach durchlaufenen Deviden, eines Lecks wegen, im Hafen von Halifax Zerstörung erlitten.

### Dampfer Castalia in Gefahr

Saltzer, 13. Jan. — Die Beladung des amerikanischen Dampfers Castalia, der noch immer nicht flott gemacht ist, ist nach an Bord, da die behagende See eine Benennung der Vögel unmöglich macht. Der morgentliche Dampfer Veronesford liegt in der Nähe zur Disposition.

### Wetterbericht.

Für Omaha und Umgegend, den Staat Nebraska und Iowa: Schon heute Abend und Dienstag, etwas kalter, aber abnehmend.

## Wahlrecht zur deutschen Nationalversammlung

### Eisenwahl und Verhältniswahl. — Zwischen 39 und 40 Millionen Wähler, davon gegen 23 Millionen männlich und gegen 24 Millionen weiblich.

(Aus dem Berliner Tageblatt, 1. Dezember.) — Die vom Rat der Volksbeauftragten beschlossene Wahlordnung für die konstituierende Nationalversammlung entspricht den sozialdemokratischen Grundgedanken, wie sie im Parteiprogramm niedergelegt sind und am ersten Tage der Revolution verkündet wurden. Männer und Frauen vom 20. Jahre an werden zur Urne schreiten können. Das bedeutet, wie die unten gegebene Berechnung zeigt, ein Aufgebot von fast 40 Millionen erwachsenen Personen. Das deutsche Volk erhält damit die Möglichkeit der Selbstbestimmung seines Geschickes auf Grund des freiesten Wahlrechts der Welt. Das die heutigen Wahlhaber dem Volk dieses Wahlrecht gegeben und sich damit freiwillig dem Votum des mündigen Volkes unterworfen haben, dafür gebührt ihnen Dank. Ihr Verhalten beweist, daß sie die freie Entscheidung der Gesamtheit anerkennen und weit von der Ansicht einiger Radikalen abirren, die ganz im Eile und Sinne des Herrn v. Scheidebrand das Volk „nicht für reif“ zur Selbstbestimmung halten. Welches Ergebnis die Wahlen auf Grund der neuen Ordnung haben werden, das weiß heute niemand. Kommen doch etwa 25 Millionen neuer Wähler, Frauen, jüngere Männer und Soldaten, zu den 14,4 Millionen der Wähler von 1912 hinzu. Wir stehen vor einem Wahlskampfe, oder fast schon mitten darin, wie er noch nicht da war. Und wenn wir einen Wunsch haben, so ist es der, daß in diesen Vorbereitungen zur Wahl das gleiche Recht für alle gilt, daß die Veranlassung nicht durch Unterscheidende gespart oder bergewaltigt wird, kurz, daß es nicht ein Kampf der Brutalität, sondern ein ehrlicher Wettkampf der Geister wird.

Die Form, in der gewählt werden soll, schließt sich an das der Reichstagswahlrecht an, das für die Wahlen in den Reichstagen beschlossen hat, nur daß sich die Verhältniswahl über das ganze Reich erstrecken soll, und daß die Verhältniswahlkreise größer als damals gemacht werden. Im allgemeinen wird ein Abgeordneter auf 150.000 Einwohner entfallen, so daß mit etwa 440 Abgeordneten für die konstituierende Nationalversammlung zu rechnen sein dürfte. Diese Zahl reißt aus; ein Parlament über 500 Personen würde zu schwerfällig arbeiten. Den einzelnen Parteien wird es verhältnismäßig leicht gemacht, sich zur Geltung zu bringen. Wer in einem Verhältniswahlkreise, der doch eine bis drei Millionen Einwohner umfaßt, keine 100 Unterzeichner für einen Wahlvorstand zusammenbekommt, der hat in diesem Wahlkreise auch nichts zu suchen. Durch das System der verbundenen Listen haben auch schwächere Parteien die Möglichkeit, sich zur Geltung zu bringen. Auf diese Weise kann der Köhne dem Blinden helfen und umgekehrt.

In einer Beziehung bleibt eine Unklarheit, an der freilich das Statistisches Institut ist. Die Wahlordnung legt den Reichstagswahlrecht vom 1. August 1914 zugrunde. Es bleibt mehr als fraglich, ob überall, im Osten wie im Westen, und ganz besonders in den Reichslanden, Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung praktisch möglich sind. Auf der anderen Seite erwidert es uns bedauerlich, daß die deutsch-österreichischen Gebiete von den Wahlen ausgeschlossen werden müssen. Die Deutsch-Österreicher wollen zu uns kommen, und es wäre deshalb im höchsten Grade erwünscht, daß sie auch an den Reichstagswahlen teilnehmen könnten. Vielleicht läßt sich die Verhältnismäßigkeit in der Zwischenzeit so weit, daß auch Abgeordnete aus Österreich und Tirol teilnehmen können. Doch wie auch die Zweifel gelöst werden: Die Grundlage für die deutsche Konstituante sind gezogen; an den 40 Millionen deutschen Wahlberechtigten wird es sein, ihrem Lachen und Unlachen Willen mit dem Stimmzettel Ausdruck zu geben.

**Wahlordnung.**  
Ueber den wesentlichen Inhalt der Verordnungen über die Wahlen zur konstituierenden deutschen Nationalversammlung erfahren wir folgendes:

Die Mitglieder der verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung werden im allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlrecht nach den Grundgesetzen der Verhältnismäßigkeit gewählt. Jeder Wähler hat eine Stimme. Wahlberechtigt sind alle deutschen Männer und Frauen, die am Wahltag, also am 16. Februar 1919, das 20. Lebensjahr vollendet haben. Das Wahlrecht ist hiernach gegenüber dem Reichstagswahlrecht auf die Frauen, auf die 20. bis 25-jährigen und auf die Personen des Soldatenstandes ausgedehnt worden. Wahlschliefungsgründe sind lediglich Entmündigung und Vormundschaft sowie der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte; Konturs und Armenunterstützung sind nicht mehr Wahlschliefungsgründe. Wähler sind alle Wahlberechtigten, die am Wahltag seit mindestens einem Jahre Deutsche sind.

Die Wahlkreiseinteilung beruht auf der Grundfrage, daß auf durchschnittlich 150.000 Einwohner nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910, ein Abgeordneter entsendet wird und dort, wo Landes- oder Verwaltungsbezirkegrenzen bei der Wahlkreiseinteilung berücksichtigt werden müssen, ein Ueberhauf von mindestens 75.000 Einwohnern vorhanden sein muß. In Preußen bilden die kleineren Provinzen, die großen Regierungsbezirke sowie Berlin je einen Wahlkreis; andere Regierungsbezirke sind, zum Teil auch mit nichtpreussischen Gebieten, zusammengelegt worden. Bayern zerfällt in vier, Sachsen in drei und Württemberg in zwei Wahlkreise. Baden, Hessen und Elsaß-Lothringen bilden je einen Wahlkreis. Die kleineren Bundesstaaten sind zu Wahlkreisen vereinigt worden.

Bezüglich der Wählerlisten folgt das Gesetz im allgemeinen dem Reichstagswahlrecht, weil es notwendig erscheint, die Grundlagen für die Ausübung des Wahlrechts so zuverlässig wie irgend möglich zu gestalten. Hierbei sind besondere Bestimmungen getroffen oder vorgesehen, die den gegenwärtigen Verhältnissen in der Bevölkerung Rechnung tragen und besonders Erleichterungen für die heimkehrenden Feldzugteilnehmer schaffen sollen. In der Regelung der Verhältniswahl schließt sich die Verordnung dem Reichsgesetz vom 24. August 1918 an, das seinerzeit von der überaus großen Mehrheit des Reichstages angenommen worden ist. Nur ist mit Rücksicht auf die Größe der neuen Wahlkreise bestimmt worden, daß die Wahlvorschlüge nicht bloß von 50, sondern mindestens von 100 Wahlberechtigten Personen des Wahlkreises unterzeichnet sein müssen.

## Die Völkerbundidee nimmt feste Form an

### Clemenceau lenkt ein, verlangt jedoch, daß Deutschland in ökonomischer Hinsicht nicht leichten Kaufs davon kommt

### Regelung der Sache sicher in Aussicht gestellt

Paris, 13. Jan. (Von William Phillips Stimmis, Korrespondent der United Press.) — Man kann mit ziemlicher Bestimmtheit behaupten, daß die Bildung der Nationalitätenliga zur Tatsache werden wird. Premier Clemenceau und der italienische Ministerpräsident Orlando haben versprochen, den diesbezüglichen Grundgedanken des Präsidenten Wilson beizupflichten. Die öffentliche Meinung in Frankreich, Großbritannien und Italien steht vereint hinter dem Präsidenten. Die Friedensdelegationen sind sich darüber einig geworden, daß die Nationalitätenliga eine absolute Notwendigkeit ist, will man Kriege in der Zukunft verhüten, und daß dem Zustandekommen einer solchen allen anderen Fragen auf der Friedenskonferenz der Vorrang gegeben werden müsse. Allerdings bestehen über verschiedene Einzelheiten immer noch Meinungsverschiedenheiten, man glaubt indessen, daß man über dieselben in der heute stattfindenden ersten gemeinsamen Sitzung der Alliierten schnell hinwegkommen wird.

Wilson's Plan im allgemeinen entspricht den Forderungen nicht unvollständig, weil derselbe den Deutschen kein genügend schweres ökonomisches Strafmaß auferlegt. Sie sagen, daß der probeweise Einfluß Deutschlands in den Bund jenen Lande gestatten würde, seine unbeschädigte Industrie bald wieder in Schwung zu bringen, während die französische und belgische Industrie durch die Deutschen selbst vermindert ist.

Senator Bourgeois, der der französischen Abteilung der interalliierten Kommission vorsteht, die die Pläne für das Zustandekommen der Völkerliga auszuarbeiten soll — falls die Konferenz eine derartige Körnerverteilung ernennt — erklärte dem Vertreter der United Press, daß er mit Clemenceau in diesem Punkte eines Sinnes sei. Er befürwortet den Ausschluß der Zentralmächte von der Völkerliga, bis sie den an sie gestellten Anforderungen entsprechen haben.

Clemenceau begünstigt das Zustandekommen einer Liga, die von den siegreichen Nationen gebildet wird. Man opponiert diesem Plan, weil die Gefahr besteht, daß sich die besiegten Nationen wieder zusammen tun und damit ein neuer Krieg herbeigeführt werden könne.

Die Nationalitätenliga wird die Zusammensetzung der Nationalitäten in vier, Sachsen in drei und Württemberg in zwei Wahlkreise. Baden, Hessen und Elsaß-Lothringen bilden je einen Wahlkreis. Die kleineren Bundesstaaten sind zu Wahlkreisen vereinigt worden.

Die Nationalitätenliga wird die Zusammensetzung der Nationalitäten in vier, Sachsen in drei und Württemberg in zwei Wahlkreise. Baden, Hessen und Elsaß-Lothringen bilden je einen Wahlkreis. Die kleineren Bundesstaaten sind zu Wahlkreisen vereinigt worden.

Wilson's Plan im allgemeinen entspricht den Forderungen nicht unvollständig, weil derselbe den Deutschen kein genügend schweres ökonomisches Strafmaß auferlegt. Sie sagen, daß der probeweise Einfluß Deutschlands in den Bund jenen Lande gestatten würde, seine unbeschädigte Industrie bald wieder in Schwung zu bringen, während die französische und belgische Industrie durch die Deutschen selbst vermindert ist.

Senator Bourgeois, der der französischen Abteilung der interalliierten Kommission vorsteht, die die Pläne für das Zustandekommen der Völkerliga auszuarbeiten soll — falls die Konferenz eine derartige Körnerverteilung ernennt — erklärte dem Vertreter der United Press, daß er mit Clemenceau in diesem Punkte eines Sinnes sei. Er befürwortet den Ausschluß der Zentralmächte von der Völkerliga, bis sie den an sie gestellten Anforderungen entsprechen haben.

Clemenceau begünstigt das Zustandekommen einer Liga, die von den siegreichen Nationen gebildet wird. Man opponiert diesem Plan, weil die Gefahr besteht, daß sich die besiegten Nationen wieder zusammen tun und damit ein neuer Krieg herbeigeführt werden könne.

Die Nationalitätenliga wird die Zusammensetzung der Nationalitäten in vier, Sachsen in drei und Württemberg in zwei Wahlkreise. Baden, Hessen und Elsaß-Lothringen bilden je einen Wahlkreis. Die kleineren Bundesstaaten sind zu Wahlkreisen vereinigt worden.

### Grauenvoller Mord in Prescott, Ja.

Prescott, Ja., 13. Jan. — John Hoskins, ein hier wohlhabender Farmer, hat Samstag morgen während des Frühstückes seine Frau, seine Stieftochter und seinen Stiefsohn mit einer Giftkugel erschlagen, seine eigene Tochter schwer verletzt und einen vergeblichen Versuch gemacht, sich selbst mit einem Rasiermesser zu töten. Nach Aussagen der Ärzte wird er mit dem Leben davon kommen. Es scheint, daß die Tat in einem Anfall von religiösem Wahnsinn vollführt worden ist.

Die Familie sah beim Frühstück, als Hoskins plötzlich die Kette ergriff und auf seinen Stiefsohn, Roy Campbell, 13 Jahre alt, losstieß. Seine Frau, Stieftochter, Gladys Campbell, 18 Jahre alt, seine eigene Tochter Irene und sein Sohn Merle suchten, dem Rasenden in die Arme zu fallen, aber vergebens. Er wandte sich gegen sie, und Frau Hoskins und ihre Tochter waren die nächsten Opfer. Irene lief schreiend auf den Hof, vom Vater verfolgt, der auch sie zu Boden schlug, ohne sie gerade gefährlich zu verletzen. Sie verlor jedoch das Bewußtsein, und als sie wieder zu sich kam, war die schreckliche Tat vorüber. Hoskins war ins Haus zurückgekehrt, hatte ein Rasiermesser ergriffen und sich den Hals und die Handgelenke zu durchschneiden versucht. Sein Mitleid war sehr bedeutend, doch wird er mit dem Leben davonkommen.

Es scheint, daß Frau Hoskins und ihre eigenen Kinder hatten nach Greenfield zu gehen vorgeschaut und daß Hoskins es nicht haben wollte. Er hatte seine gewöhnliche Morgenarbeiten verrichtet, war dann zum Frühstück ins Haus zurückgekehrt und hatte des geplanten Verbrechens wegen mit seiner Frau und seinen Stiefkindern den Streit begonnen.

### Amerika willens, den Polen zu helfen

Paris, 13. Jan. — Der Temps meldet, daß Amerika sich bereit erklärt habe, den Polen in ihrem Kampfe gegen die Polen mit Truppen beizustehen.

### 1 Million Feuerschaden in Montreal

Montreal, 13. Jan. — Ein Feuer im Geschäftsbereich der Stadt verursachte einen Schaden, den man auf eine Million Dollar abschätzt.

### Madenken in Ungarn interniert

Budapest, 13. Jan. — Tausende von Madenken werden, daß Feldmarschall von Madenken von der deutschen Regierung in Lenzburg, Ungarn, interniert werden.

— Bedienen Sie sich der Massifizierten Anzeigen der Tribune! Der Erfolg ist überaus groß — die Unkosten sind gering.